

Keine Mittel für weitere Sozialberichte

StZ 28.10.2025

Viel Lob gab es für den Sozialdatenbericht der Stadt Ostfildern. Eine Minijob-Stelle für die aufwendige Fortschreibung will die Mehrheit im Gemeinderat aber nicht finanzieren.

Von Elisabeth Maier

OSTFILDERN. Hilfen für sozial schwache Menschen sind in Ostfildern ein großes Thema, obwohl die Stadt im bundesweiten Vergleich zu den wohlhabenden Kommunen gehört. Um auf die Bedürfnisse von Wohnungslosen, Migranten und Menschen in Notlagen reagieren zu können, legte die Stadt einen Sozialbericht vor. Einen weiteren Bericht oder eine Fortschreibung wird es in absehbarer Zeit aber wohl nicht geben. Eine zusätzliche Minijob-Stelle in der Stadtverwaltung dafür lehnte die Mehrheit des Gemeinderates ab.

Der Bericht bildet die Grundlage für kommunalpolitisches Handeln. Die Stadt Ostfildern gehört laut der Bertelsmann-Stiftung zu den bundesweit lediglich 65 Kommunen, die in die Kategorie „sehr wohlhabende Städte und Gemeinden in Regionen der Wissensgesellschaft“ eingestuft sind. Dennoch gibt es soziale Gräben. Dass sich die Daten für den Sozialbericht mit den aktuellen Personalkapazitäten nicht nebenbei erfassen ließen, stellte die Verwaltung klar. Deshalb enthielt



Bezahlbaren Wohnraum zu finden, ist auch in Ostfildern für viele Menschen schwer. Foto: dpa

der Beschlussvorschlag die Schaffung einer Minijob-Stelle. Dafür sah die Mehrheit des Gemeinderates aber keinen Spielraum.

„Der nächste Bericht darf kürzer sein“, sagte Corinna Raisch (Freie Wähler). Deshalb benötige man keine Minijob-Stelle. „Wir möchten nicht unnötig Aufwand in den Bericht stecken, sondern diese Zeit lieber für die Arbeit belassen.“ Raisch lobte die Arbeit von Stephanie Wunderle, Leiterin des Fachbereichs Bürgerservice, und vom Integrationsbeauftragten Daniel Lopes ausdrücklich. „Beeindruckend und bewundernswert“ findet auch Andreas Futterer (CDU) das Engagement der Stadt im sozialen Bereich. Aus Kostengründen lehnt aber auch seine Fraktion die Stelle ab.

Dagegen steht die Bedeutung des Sozialdatenberichts für Gabriele Klumpp (Grüne) außer Frage. „Trotz der Krisen und Probleme sollten wir uns vor Augen halten, dass unsere Stadt durch überdurchschnittlichen Wohlstand gekennzeichnet ist.“ Davon profitierten jedoch nicht alle. Daher sieht die Stadträtin die Gesellschaft in der Pflicht, „für alle Gruppen – insbesondere für die benachteiligten – gute Lebensbedingungen zu schaffen“. Für die Grünen wie auch für die SPD ist der Bericht unverzichtbar, um daraus Ziele für das politische Handeln abzuleiten. „Ziel ist, einen fortschreibungsfähigen Sozialdatenbericht zu erstellen, in dem unterschiedliche Facetten sozialer Entwicklungen konkret für Ostfildern dargestellt werden“,

sagte Stefanie Sekler-Dengler (SPD). Ihre Fraktion fordere einen solchen Bericht seit Jahren.

Der Sozialdatenbericht bietet Daten zu Bevölkerungsentwicklung, Wohnen, Arbeit und Sozialleistungen. Er gibt einen Überblick über Lebensverhältnisse und soziale Problemlagen in der Stadt. So hat die Bevölkerung seit 2010 um 11,7 Prozent zugenommen, während der Zuwachs landesweit nur 4,6 betrug. Die Attraktivität der Stadt hat aus Wunderles Sicht die Kehrseite, „dass bezahlbarer Wohnraum in Ostfildern ein sehr knappes Gut ist“. Betrage die Nettokaltmiete in vergleichbaren Landkreisen in Deutschland 8,84 Euro pro Quadratmeter, müssen in Ostfildern aktuell 12,73 Euro bezahlt werden. 2024 waren 749 Menschen, darunter 285 Kinder, in den städtischen Unterkünften für Wohnungslose registriert.

Schwerpunktthema ist das städtische Integrationsmanagement. „Integriert in den kommunalen Sozialdienst, können dabei Beratung und Begleitung aus einer Hand und ohne Brüche zwischen verschiedenen Anbietern geleistet werden“, sagte Wunderle. Entscheidend für das Gelingen sei eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit diverser institutioneller Partner innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch beim Landkreis, beim Jobcenter und der Agentur für Arbeit. Unverzichtbar sei das bürgerschaftliche Engagement, etwa des Freundeskreises Asyl Ostfildern. Handlungsmaxime bei der Integration sei das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe.